Abend-Ausgabe

97. Jahrgang. Nr. 288

Mittwoch, 21. Juni 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich RM. 3.20 (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug RM. 3.20 einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise: 80 mm breite Grundzeile 35 Pfg., auswärts 40 Pfg. Krisenabschlag u. Rabatte nach Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ermäßigte Preise. Off.-Gebühr 30 Pfg. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Deutschnationale Kampfstaffeln verboten

Großangelegte Aktion im ganzen Reich

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. Juni. Im ganzen Reichsgebiet ist heute eine Aktion durchgeführt worden, die sich gegen die deutschnationalen Kampfringe, die früheren deutschnationalen Kampfstaffeln, richtet. Es handelt sich dabei um eine Aktion, die nach Erklärung von zuständiger Stelle deshalb erforderlich war, weil unter der Mitgliedschaft dieser Kampfringe 60 bis 70%, stellenweise noch erheblich mehr, Kommunisten und Marxisten festgestellt worden sind. Es hat sich nach den behördlichen Ermittlungen herausgestellt, daß die marxistischen, gegen die nationale Revolution eingestellten Elemente sich in den deutschnationalen Kampfringen sammelten. Welche ernste Gefahr sich daraus ergab, beweist auch das Material, das am Sonnabend in Hamburg bei der Auflösung einer geheimen sozialdemokratischen Versammlung vorgefunden wurde. Es wird von amtlicher Seite weiter auf die blutigen Zusammenstöße in Frankfurt a. d. O. verwiesen, die gezeigt haben, daß, wenn von staatlicher Seite nicht eingegriffen würde, eine Selbsthilfeaktion gegen die deutschnationalen Kampfringe gekommen wäre.

Schon seit einiger Zeit, heißt es in den amtlichen Erklärungen weiter, wurden die deutschnationalen Kampfstaffeln aufmerksam von der Polizei beobachtet. Dabei wurde in verschiedenen Orten immer wieder festgestellt, daß namentlich Sozialdemokraten offen erklären, sie müßten in eine nationale Organisation gehen, um dort zersetzend zu wirken, um Einblick zu bekommen in die Polizei- und Parteimaßnahmen. Bei der politischen Polizei waren diese Tatsachen in der Mehrzahl der Fälle bereits auf Grund bestehender Akten bekannt. Besonders erwähnenswert ist

ein Vorfall bei der Skagerrakfeier in Berlin.

Damals wurden die deutschnationalen Kampfstaffeln, die in der für sie immerhin erheblichen Zahl von über 200 Teilnehmern aufmarschiert waren, beim Abmarsch durchsucht, wobei festgestellt wurde, daß 140 von ihnen bis zum 5. März aktiv in der Kommunistischen bzw. Sozialdemokratischen Partei oder einem der diesen Parteien nahestehenden Verbände tätig waren. Diese Feststellungen sind erst getroffen worden, nachdem die Namen der Zwangsgestellten an Hand der Kartei der politischen Polizei nachgeprüft worden waren. Besonders interessant ist eine mitbeschlagnahmte Liste einer Kampfstaffel aus dem 82. Berliner Polizeirevier. Sie enthielt 35 Namen von Mitgliedern des deutschnationalen Kampfringes. Von diesen sind bei 18 belastende Akten bei der Geheimen Staatspolizei vorhanden. Besonders bezeichnend ist es, daß bei den Leuten, die früher im Reichsbanner, bei der KPD. organisiert waren, erhebliche Vorstrafen festgestellt wurden, u. a. wegen Betrugs, Zuhälterei, Kuppelei usw. Einige der Mitglieder des Kampfringes hatten auch den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu beklagen, der gegenwärtig noch besteht.

Ausdrücklich wird festgestellt, daß sich das Vorgehen der Behörden lediglich gegen die Kampfringe, und zwar aus Sicherheitsgründen richtet, daß also ein Vorgehen gegen die Deutschnationale Front als solche und insbesondere auch gegen den Stahlhelm damit nicht verknüpft ist.

Was den Stahlhelm betrifft, so finden über seine Zusammenarbeit mit der NSDAP, zur Zeit gerade Beratungen zwischen Reichskanzler Adolf Hitler und dem Arbeitsminister Seldte statt.

Das preußische Verbot

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Febr. dieses Jahres in Verbindung mit § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes der preußische Innenminister die Kampfringe der deutschnationalen Front einschließlich ihrer sämtlichen Formationen sowie der im Bismarckbund zusammengeschlossenen Jugendgruppen

für den Bereich des preußischen Staates aufgelöst und verboten.

Das Verbot ist erfolgt, weil die angestellten Ermittlungen einwandfrei ergeben haben, daß kommunistische und sonstige staatsfeindliche Elemente in größtem Umfange in den Formationen der deutschnationalen Kampfringe Aufnahme gefunden haben. Die Kampfringe bildeten bei dieser Sachlage eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung. Die getroffenen Maßnahmen waren deshalb zur Abwehr der von diesen zersetzten Organisationen für die öffentliche Sicherheit und den inneren Frieden drohenden Gefahren notwendig.

Im Verlauf der Aktion ist auch der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Timm verhaftet worden. Wir wir weiter erfahren, ist das Tragen der grünen Uniform der Kampfringe und das Tragen der Abzeichen der Kampfstaffeln selbstverständlich ebenfalls verboten.

Massenverhaftungen in Berlin

Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampfstaffelführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gesteckt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Eine Abteilung der Hundertschaft z. b. V. besetzte heute vormittag das Staffelheim VI des Kampfringes der Deutschnationalen. Schriftstücke wurden beschlagnahmt, sieben Angehörige des Kampfringes in Schutzhaft genommen und verschiedene Schußwaffen beschlagnahmt. Das Heim wurde polizeilich geschlossen.

Das Kampfstaffelheim I, das älteste Groß-Berlins, wurde von SA.-Leuten besetzt und polizeilich geschlossen. Bei der Durchsuchung fand man drei Gewehre Modell 98. Insgesamt 40 Personen wurden festgenommen.

•

Oldenburg, 21. Juni. Die Aktion gegen die deutschnationalen Kampfstaffeln setzte heute morgen auch in Bremen und Oldenburg ein unter Beteiligung von Polizei und SA. Es wurde vielfach belastendes Material bei den Haussuchungen gefunden. Im Gebiete des Freistaates Oldenburg ist die Auflösung der gesamten Kampfstaffeln angeordnet worden.

Auflösung auch in Sachsen

Dresden, 21. Juni. Wie wir soeben erfahren, ist die Auflösung der deutschnationalen Kampfstaffeln nunmehr auch für den Freistaat Sachsen angeordnet worden und bereits in der Durchführung begriffen.

Ein Toter in Frankfurt a. d. O.

Frankfurt a. d. O., 21. Juni. Wie der Regierungspräsident in Frankfurt a. d. O. mitteilt, ist bei der gestern erfolgten Auflösung des deutschnationalen Kampfringes Widerstand geleistet worden, und es ist zu Tätlichkeiten gekommen. Der frühere Angehörige der KPD., Arbeiter Walter Korsing, der im Februar aus der KPD. ausgetreten ist und jetzt zur deutschnationalen Kampfstaffel gehört, wurde bei den Auseinandersetzungen erschossen.

Die Stahlhelmparole: Treu zu Hitler!

Seldtes Bundesbefehl

Berlin, 21. Juni. Der Erste Bundesführer des Stahlhelms und Reichsarbeitsminister Franz Seldte hat folgenden Aufruf erlassen: „Die nach dem siegreichen Durchbruch der nationalsozialistischen Revolution nachträglich betriebene Ausbreitung und das Verhalten des Kampfringes junger Deutschnationaler, dessen Vorhandensein und Zweck auch dem Stahlhelm stets unverständlich war, hat heute eine Aktion ausgelöst, deren Notwendigkeit im Sinne der nationalsozialistischen Staatsidee gegen jede Reaktion anerkannt werden muß. Darum befehle ich entsprechend meinen Fehrbelliner Ausführungen gegen jede Reaktion: Der Stahlhelm steht heute und zukünftig zu Adolf Hitler und in der Front der nationalsozialistischen Revolution. gez. Franz Seldte."

Neuformierung des Stahlhelms in der Rheinprovinz

Die neuen Gliederungen aufgelöst

Koblenz, 21. Juni. Das Oberpräsidium der Rheinprovinz teilt mit: Zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Rheinprovinz wurden im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten heute früh um 5 Uhr auch in den Regierungsbezirken Aachen, Koblenz, Köln und Trier der Stahlhelm seitens der zuständigen Regierungspräsidenten in seiner jetzigen Führung aufgelöst. Die Geschäftsstellen und Heime des Stahlhelms wurden vorläufig geschlossen, die Vermögenswerte sichergestellt.

Diese nunmehr einheitlich in der ganzen Provinz getroffenen Maßnahmen bezwecken, den Stahlhelm von allen in letzter Zeit eingedrungenen marxistischen und sonstigen staatsfeindlichen Elementen zu säubern und die wertvollen alten Kräfte des Bundes nach ihrer Befreiung von schlechter politischer Führung der eigentlichen Aufgabe des Stahlhelms als eines unpolitischen Wehrverbandes zu erhalten. Zu diesem Zwecke sollen insbesondere alle nach dem 1. März d. J. neugegründeten Ortsgruppen und Untergliederungen innerhalb der Rheinprovinz dauernd aufgelöst und die übrigen Gruppen hinsichtlich ihrer Führung und ihres Mitgliederbestandes einer sorgfältigen Säuberung unterzogen werden. Zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen werden die Regierungspräsidenten in ihren Bezirken besondere Beauftragte bestimmen.

•

Koblenz, 21. Juni. Als Kommissar für den Landesverband Westmark-Süd des Stahlhelms ist von dem Regierungspräsidenten von Koblenz und Trier einstweilen der Führer des Landesverbandes Westmark-Süd, Generalmajor a. D. Thon bestellt worden.

Stahlhelmortsgruppe Schönau (Thüringen) aufgelöst

Weimar, 21. Juni. Das thüringische Innenministerium hat die Stahlhelmortsgruppe Schönau v. d. W. (Kreis Gotha) aufgelöst. Nach Mitteilung der staatlichen Pressestelle haben die polizeilichen Feststellungen ergeben, daß die mit den Gauführern des Stahlhelms getroffenen Vereinbarungen, wonach vor jeder Neuaufnahme die bisherige politische Parteizugehörigkeit genau zu prüfen und die Aufnahme ehemaliger Angehöriger der KPD. und SPD. von einer Probezeit abhängig zu machen ist, nicht eingehalten wurden.

•

Dessau, 21. Juni. Das anhaltische Staatsministerium hat die Stahlhelmortsgruppen Raguhn und Jeßnitz und ihre Organisationen mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Hakenkreuzarmbinde für den Düsseldorfer Stahlhelm

Düsseldorf, 21. Juni. Der kommissarische Stahlhelmführer des Gaues Düsseldorf erläßt eine Bekanntmachung, nach der Uniform und Abzeichen solange verboten sind, bis die für die Neuorganisation des Stahlhelms, Gau Düsseldorf, erforderlichen Armbinden (schwarze Armbinde mit schwarzem Hakenkreuz auf weißem Rundfeld) mit Stempel des Gaues in den nächsten Tagen ausgegeben werden.

Aktion gegen die Bayrische Volkspartei

Verbindungen von München nach Wien?

München, 21. Juni. Die bayrische politische Polizei teilt mit: In letzter Zeit haben sich die Verdachtsmomente, daß führende Persönlichkeiten der Bayrischen Volkspartei im Zusammenhang stehen mit den letzten Ereignissen in Oesterreich, insbesondere mit dem vor wenigen Tagen dort erfolgten Verbot der NSDAP., so verdichtet, daß es dringend notwendig erschien, die Verbindung zwischen Bayrischer Volkspartei und den Christlichsozialen sowie der Heimatwehr in Oesterreich restlos festzustellen. Die bayrische politische Polizei hat daher heute eine einheitliche Aktion gegen die Funktionäre der BVP. in ganz Bayern eingeleitet und bei ihnen sowie in den wichtigsten Büros der Partei eine Suchung nach belastendem Material vorgenommen. Unter anderem wurden auch die Räume der Fraktion der Bayrischen Volkspartei im Landtage, des „Bayrischen Kuriers" und des Wirtschaftsbeirates durchsucht. Das beschlagnahmte Material wird zur Zeit noch gesichtet. In Einzelfällen, bei denen Widerstand erfolgte oder Verdunkelungsgefahr besteht, mußte zu Festnahmen geschritten werden.

Kommunistisches Waldheim brennt

Eßlingen, 21. Juni. Am Dienstag gegen 21.30 Uhr stand plötzlich das auf dem Elsberg gelegene Waldheim, in dem früher die Kommunisten ihre Unterkunft hatten, in hellen Flammen. Das Waldheim war vor längerer Zeit von der Polizei beschlagnahmt worden und hatte kurze Zeit der SA. als besondere Unterkunft gedient. Dann wurde es polizeilich versiegelt. Es liegt zweifellos Brandstiftung vor, ob von kommunistischer Seite, steht noch nicht fest. Halbgeleerte Petroleumflaschen wurden von der SA., SS. und dem Stahlhelm in dem geräumigen Raume gefunden. Die Eßlinger Feuerwehr rückte mit allen Löschmitteln an, stand jedoch dem Brandherd infolge Wassermangels völlig machtlos gegenüber, da die Brandstifter das Wasser vorher abgelassen hatten. Die Polizei nahm unter den Zuschauern Massenverhaftungen vor, u. a. wurden 60 Jungkommunisten festgenommen. Sie sollen in das Konzentrationslager auf dem Heuberg gebracht werden. Der Brand ist vermutlich durch zwei Brandbomben gelegt worden, denn unmittelbar nach dem Aufflammen des Feuers wurden zwei kräftige Detonationen gehört.

SLUB
Wir führen Wissen.